

Ergebnisprotokoll zur Sitzung

LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. - Bezirksversammlung Oberfranken,

am 11.07.2017 um 10.30 Uhr – Lutherstift, Döhlauer Berg 5, Oberkotzau

Anwesende:

Siehe Teilnehmerliste

Tagesordnung:

1. Grußworte
2. Vortrag: „Aktuelle Themen aus dem AK Öffentlichkeitsarbeit der LSVB – Christian Marguliés
3. Erfahrungsaustausch

Ende 16.00 Uhr

1. Grußworte:

Begrüßung / Moderation durch 1. Sprecherin Frau Anneliese Hüttner (Beirat der LSVB – Regierungsbezirk Oberfranken)

Begrüßung durch 1. Bürgermeister des Marktes Oberkotzau, Herrn Stefan Breuer

Begrüßung durch Landtagsabgeordneten Herrn Klaus Adelt

Begrüßung durch Leiter des Lutherstifts Herrn Günter Konopka

2. Vortrag: „Aktuelle Themen aus dem AK Öffentlichkeitsarbeit der LSVB – Christian Marguliés

Siehe Anlage – Präsentation.

Weitere Wortmeldungen zum Vortrag aus dem Gremium:

- Bitte um verstärkte verbandliche Vertretung der LSVB bei bayr. Städte- und Landkreistag
- LSVB sollte Mehrwert einer Mitgliedschaft im Dachverband für Interessierte Vertreter transparenter gestalten um weitere Mitglieder zu werben.
- Seniorenbeirat der Stadt Nürnberg hat bereits „Rederecht“ im Stadtrat. Dieses wurde in der Satzung des Seniorenbeirats verankert.

3. Erfahrungsaustausch

3.1. Beschlussfassung Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe der Kommune wurde den Delegierten vorgestellt.

Der vorgelegte Entwurf zur Beschlussfassung wurde im Rahmen der Delegiertenversammlung diskutiert und einstimmig per Handzeichen verabschiedet.

26 gültige Stimmen, davon:

mit Ja gestimmt: 26

Enthaltungen: 0

Gegenstimmen: 0

Es wurden des Weiteren 3 Änderungsanträge (Änderungen **Fett** markiert) zur Abstimmung mit aufgenommen:

1. „Übersteigt die Pflichtaufgabe die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde, so **muss** die Aufgabe in kommunaler Zusammenarbeit erfüllt werden (siehe Artikel 57 GO).“
2. **Die Seniorenvertretung muss mit einem allgemeinen Antragsrecht, sowie einem Rede-/ bzw. Anhörungsrecht bei seniorenrelevanten Bereichen ausgestattet sein.**
3. Des Weiteren wurde einstimmig beschlossen, diesen Beschluss an den LSVB als „Dachverband für Seniorenbeiräte, Seniorenbeauftragte und Seniorenvertretungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen in ganz Bayern, der sich, sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene, in allen Bereichen der Seniorenarbeit unermüdlich für die Rechte der Senioren einsetzt“ (Originaltext LSVB – „Über uns“), weiterzuleiten mit der Bitte, diesen Beschluss gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und den im Landtag vertretenen politischen Parteien (§ 2 Abs. 2 LSVB-Satzung) **noch in dieser Legislaturperiode** politisch umzusetzen.

Die Änderungsanträge wurden durch eine gemeinsame Abstimmung mehrheitlich verabschiedet.

26 gültige Stimmen, davon:

mit Ja gestimmt: 24

Enthaltungen: 0

Gegenstimmen: 2

Die geänderte aktuelle Beschlussfassung wird der Anlage beigelegt.

Die geänderte Beschlussfassung wird desweiteren dem Dachverband der LSVB übergeben um diese bei entsprechenden Verbänden und politischen Interessenvertretern zur Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode voranzubringen.

3.2. Weitere Anträge der Delegierten an anwesende Vertreter des Dachverbandes:

1. Rolle der LSVB klären – LSVB sollte deutlicher als „Lobby“ für ehrenamtliche und hauptamtliche Seniorenvertreter tätig werden.
2. LSVB sollte bei bayerischen Staatsregierung um Stellungnahme zum 7. Altenbericht bitten. Die Delegierten interessiert, wie Empfehlungen des 7. Altenberichts durch die bayerische Staatsregierung zur Umsetzung gebracht werden.
3. Die LSVB wurde gebeten mehr gebündelte Informationen zum Thema Fördermittel zu kommunizieren.
4. LSVB wurde gebeten in Gesprächen mit Politik und Verbandsvertretern für Lösungen bei folgenden Problemen zu sorgen:
 - a. Problem: Bahnhöfe unter 1000 Ein-/Ausstiegen Tag – werden nicht vollständig barrierefrei erschlossen (kein Aufzug/Rampen zu allen Gleisen) aufgrund sog. fehlender Ein-/Ausstiegszahlen.
 - b. Problem: Mobilität im ländlichen Raum: Welche alternativen Angebote gibt es und wie werden diese finanziell unterstützt, z.B. mögliches bayernweites Förderprogramm für den Einsatz barrierefreier Bürgerbusse etc.
 - c. Problem: Arztpraxen sind kaum barrierefrei erreichbar und ausgestattet. Wie gedenkt die KVB damit umzugehen bzw. gibt es entsprechende Förderprogramme zur Anpassung bereits bestehender Arztpraxen. LSVB wurde gebeten hierzu entsprechende Lösungsorientierte Gespräche zu suchen und an Delegierte Ergebnisse entsprechend rückzumelden.
 - d. Problem: Neu eröffneten Therapiepraxen (Physio-, Ergo-, Podologie etc.) müssen nicht zwingend barrierefrei sein. Kriterien wie z.B.: Raumhöhen usw. sind entscheidend für Zulassungen allerdings nicht die Barrierefreiheit. Bitte auch hier Kontakt zu entsprechenden Spitzenverbänden aufnehmen um Änderungen in Zulassungsregularien zu erwirken und entsprechende Rückmeldung an Delegierte zum Ergebnis / Sachstand.
 - e. Problem: Förderregularien setzen nicht zwingend die barrierefreie Umsetzung von Projekten voraus, z.B. Fördermittel „LEADER“. Bitte auch hier Kontakt zu entsprechenden Verbänden/Behörden aufnehmen um Änderungen zu erwirken.
5. Weitere Anträge/Diskussionspunkte:
 - a. LSVB sollte bitte vermehrt Leserbriefe zu verschiedenen Themen veröffentlichen.
 - b. LSVB sollte bitte Möglichkeiten der Antragstellung bei Landesdelegiertenversammlung besser im Vorfeld kommunizieren.
 - c. Es besteht die Notwendigkeit einer „Börse für Kurzzeitpflegeplätze“ als Online Angebot, hierzu bitte Möglichkeiten recherchieren und Delegierten Rückmelden.
 - d. Möglichkeiten zu preiswerten Schulungen zum Umgang mit Smartphones anbieten.

- e. LSVB bitte Erkundigungen und Rückmeldung zum Sachverhalt, warum dürfen Verfügungszimmer in Seniorenheimen nicht auch als Kurzzeitpflegeplatz ausgewiesen werden und zur Verfügung stehen.
 - f. LSVB besteht hauptsächlich aus ehrenamtlichen Vertretern. Die Finanzierung der hauptamtlichen Unterstützung reicht nicht aus um adäquat als „Lobby“ umfänglich tätig zu sein.
6. Weitere Informationen zu Aktionen der Delegierten vor Ort.

Ende der Veranstaltung: 15.15 Uhr

Soweit keine Einwände gegen das Protokoll / Anlagen innerhalb einer Woche nach Veröffentlichung erhoben werden gilt das Protokoll inkl. Anlagen als anerkannt.

Protokollführung: Elke Rebert-Friedrich – Seniorenkoordinatorin Landkreis Hof /
Behindertenbeauftragte Landkreis Hof